

Lärmschutzwand wird länger

Bau bei Hundsforth in Guxhagen startet nächstes Jahr



Autobahn 7 bei Guxhagen: Sie verursacht so viel Krach, dass die Anwohner bei ungünstigen Windverhältnissen die Fenster nicht öffnen können. Der Lastwagenverkehr ist ein großes Problem, heißt es von der Bürgerinitiative Lärmstopp A 7.

Guxhagen. Bereits im Frühjahr sollten die Arbeiten für den Lärmschutz fürs Wohngebiet Hundsforth in Guxhagen starten - doch getan hat sich bisher nichts. Wegen einer neuen Berechnungsgrundlage mussten die Planungen für den Lärmschutz noch einmal neu aufgerollt werden (HNA berichtete). Die gute Nachricht: Der Lärmschutz wird länger. Die schlechte: Baustart ist erst im kommenden Jahr. Das teilt die Autobahn GmbH auf Anfrage mit.

Die Lärmschutzwand soll nun wenige Meter südlich des Seitz-Grabens beginnen und bis vor die DB-Trasse führen. Damit wird die Wand 250 Meter länger als ursprünglich geplant. Im Durchschnitt fünf Meter hoch wird der Lärmschutz sein, teilt die Autobahn GmbH mit.

Die Berechnung

Dass die Wand nun länger wird, ist der Tatsache geschuldet, dass die Grenzwerte für Lärmschutz an bestehenden Straßen, herabgesetzt wurden. Der Wall, der mit einer Lärmwand aufgestockt werden soll, hätte in der ursprünglich geplanten Variante zwar dafür gesorgt, dass es leiser in der Hundsforth wird - aber nicht leise genug für die neuen Grenzwerte.

Die Unterschiede

Der Bürgerinitiative Lärmstopp A 7 reicht das aber noch nicht. Denn nach wie vor wird zwischen Lärmschutz für bestehende Straßen und für Lärmschutz an neu gebauten Straßen unterschieden. Menschen, die an einem Ort wohnen, wo eine Autobahn neu gebaut oder eine bestehende Autobahn maßgeblich verändert wird, also zum Beispiel neue Fahrspuren bekommt, haben einen rechtlichen Anspruch auf einen Lärmschutz. Das greift bereits, wenn der Lärm im Wohngebiet tagsüber 59 Dezibel übersteigt.

Anders wird bei Wohngebieten wie der Hundsforth in Guxhagen verfahren. Da es sich um eine Bestandsautobahn handelt, haben die Menschen keinen Anspruch auf Lärmschutz. Es ist, und das betont das Land Hessen immer wieder, eine freiwillige Leistung. Hinzu kommt: Trotz der Absenkung der Grenzwerte haben die Menschen in solchen Wohngebieten erst eine Chance auf Lärmschutz, wenn tagsüber ein Dezibelwert von 64 erreicht wird - und dabei handelt es sich schon um den neuen Grenzwert, der ja zugunsten der lärmgeplagten Menschen um drei Dezibel herabgesetzt wurde. „Aber warum werden nicht alle gleich behandelt“,

fragt Dieter Fischer, Sprecher der BI. Und warum haben Anwohner an neuen Autobahnen einen Anspruch auf Lärmschutz und andere nicht. „Wir müssen immer bitte bitte machen, das kann doch nicht sein.“

Der Lärm

Der Bürgerinitiative Lärmstopp A 7 ist der geplante Lärmschutz für die Hundsfirth noch lange nicht genug, um die Menschen vor dem Autobahnlärm zu schützen. Gerade in den vergangenen Tagen sei der Lärm teils über mehrere Tage am Stück unerträglich gewesen, berichtet Hans-Georg Albert. „Die Westwinde tragen den Lärm in die Täler.“ Deshalb sei es auch in Büchenwerra mitunter extrem laut. „Und da nutzt auch kein geschlossenes Fenster mehr etwas. Man hört den Lärm immer.“ Hinzu käme der massive Lastwagenverkehr, berichtet BI-Sprecher Dieter Fischer. „Ein Lastwagen macht so viel Krach wie 100 Autos und ein Lastwagen verursacht so viel Schaden auf den Fahrbahnen wie 1000 Autos.“ Fischer fragt sich, wo das Geld hinfließt, dass seit 2019 durch die Lkw-Lärm-Maut eingenommen wird. Rund 7,2 Milliarden Euro werden jährlich über den Lastwagenverkehr einkassiert.

Der Lastwagenverkehr bei Guxhagen sei mittlerweile so massiv, dass man in Richtung Norden häufig große Probleme habe, überhaupt auf die Autobahn aufzufahren, berichten Albert und Fischer. Insbesondere mit langsam beschleunigenden Fahrzeugen wie Autos mit Wohnwagen sei es teilweise ein großes Problem zwischen den Lastwagen, die sich dicht an dicht auf der rechten Spur befinden, auf die Fahrbahn zu gelangen.

Die Brücke

Hoffnung gibt es für die Guxhagener in Sachen Autobahnbrücke über die Fulda. Denn bei einem Gespräch mit diversen politischen Vertretern aus den Ministerien wurde im Oktober 2019 auch zugesagt, dass geprüft werden soll, ob die Autobahnbrücke, von der der Lärm in die Breitenau schallt, nicht doch einen Lärmschutz bekommen könnte. „Uns wurde immer gesagt, dass die Statik der Brücke einen Lärmschutz nicht zulassen würde“, sagt Hans-Georg Albert. Jedoch sei dies nie durch eine Prüfung bestätigt worden. Nach Aussage von 2019 müsste diese Berechnung aber nun eigentlich vorliegen, so Albert.

Das Messgerät

Eigentlich hätte es schon längst angeschafft sein müssen - schließlich fiel der Beschluss über die Anschaffung in der Guxhagener Gemeindevertretung schon im November 2020 (HNA berichtete). Aber das Messgerät, um festzustellen, welche Lautstärke tatsächlich von der Autobahn ausgeht, gibt es in Guxhagen noch nicht. Das habe Edgar Slawik, der damals noch Bürgermeister war, wohl nicht bestellt, berichtet Hans-Georg Albert, der auch Parlamentsvorsitzender ist.

Mit einem solchen Gerät habe man wenigstens mal einen Nachweis, wie laut es wirklich ist, das sagt Karl-Heinz Brandenstein von der BI. Auch, wenn es rechtlich nicht anerkannt sei.

Bürgermeisterin Susanne Schneider wolle das nun schnellstmöglich erledigen. Auch sei sie seitens der BI angehalten, einen Gesprächstermin mit der Autobahn GmbH in die Wege zu leiten, berichtet Fischer. „Wir wollen ein Gespräch.“ Es gebe viele Fragen zu klären.